

# Luzerner Tagblatt

**Weiterer biafranischer Erfolg? 2**  
**Hat Angst auch Albert Mader umgebracht? 2**  
**Selbstverbrennungsversuch in der CSSR LM**



## Nixons Mann in Großbritannien

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind seit einigen Tagen mit einem neuen Mann in Großbritannien vertreten. Es ist Walter Anenberg, hier in Begleitung seiner Frau und seiner Tochter vor dem US-Botschaftsgebäude in London, der im Buckingham Palace das Beglaubigungsschreiben seiner Regierung überbrachte. Kürzlich ist auch für die Schweiz ein neuer US-Botschafter ernannt worden, der Bankier Shelby Davis. Keystone

## Nixons erste hundert Tage im Weissen Haus

Von unserem Amerika-Korrespondenten

Die ersten hundert Tage der vierjährigen Amtsperiode amerikanischer Präsidenten sind eine politisch traditionelle Einrichtung. Sie gelten als politische Flitterwochen des neugewählten Chefs mit dem Kongress und der öffentlichen Meinung, als Phase der Harmonie und des Fernbleibens innenpolitischer Differenzen. In diesen hundert Tagen zehrt der Präsident noch vom Prestige seines Wahlsieges, und die mit ihm ins Amt geschleusten Parlamentarier seiner Partei bemühen sich, ihre Dankesschuld an den großen Wahlsieger abzutragen. Nach rund drei Monaten setzt dann gewöhnlich wieder die Normalisierung interner Spannungen, Gegensätze, Leidschaften und Kritik ein.

Die Bilanz von Nixons ersten hundert Tagen ist bescheiden. Die von ihm in dieser Zeitspanne «durchgeboxten» Neuerungen lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen. Die Ära innerpolitischer Harmonie hat sogar kaum fünfzig Tage gedauert; nur der psychologische Erfolg seiner überraschend früh nach Amtsantritt angesetzten Europareise ragt als Motor nationaler Einmütigkeit (und internationaler Anerkennung) aus einer sonst unansehnlichen ersten Bilanz hervor.

Das ist keine abfällige Kritik am Beginn von Nixons Amtswaltung. Er hat es selber ausdrücklich so gewollt. Er startete am 20. Januar, dem Tage seiner Amtübernahme, mit der ausdrücklichen Erklärung, langsam vorgehen und «leise sprechen» zu wollen. Das klang plausibel und gefiel vielen Amerikanern, aber Nixon machte die Rechnung ohne den Wirt, das heißt, er vergaß, daß Kongress und Öffentlichkeit trotzdem mit höchster Aktivität im Weissen Hause rechneten und die Parole des «Leisprechens» sehr schnell vergessen würden. Etwa Mitte März begann ein im-

mer lauter werdendes Murren im Kongress; das Parlament tagte, war aber ohne Beschäftigung, weil keine Gesetzesvorlagen aus dem Weissen Haus kamen. Enttäuscht sah jedermann, daß der neue Präsident dem Krieg in Vietnam ebenso hilflos gegenübersteht wie sein Vorgänger. Ein allmählicher Truppenrückzug aus Vietnam ist auf eine noch recht ferne Zukunft vertagt worden. Dafür gab es (und gibt es nach wie vor) die hitzige Debatte über die «Sentinel- oder «Safeguard»-Formel eines Netzwerkes von Anti-Raketen-Abschussrampen, das der Kongress vermutlich nicht bewilligen wird, das die Regierung aber verzweifelt durchzusetzen versucht.

Am 85. Tage nach Nixons Amtseid kamen die ersten Krisen: der neue Präsident schlug eine Aenderung zum neuen (noch von Johnson vorgelegten) Budget für das kommende Fiskaljahr vor, die, weil sie Johnsons kleines Defizit in einen bescheidenen Überschuss umwandeln will, recht bestechend aussieht. Die geplanten Einsparungen betreffen aber zum größten Teil Sozialaufgaben, wie Altersversicherung, «Kampf gegen die Armut», Berufsumschulung und Kinderbeihilfen für die Bewohner schwarzer Ghettos usw. Das hat sofort scharfe Opposition geweckt. «Der Notschrei aller Städte unseres Landes ist ungehört verhallt», hieß es in den Zeitungen.

Nixons «Philosophie» hinter dieser Ausrichtung des Budgets ist nicht Gleichgültigkeit oder gar Feindschaft gegen die Nutznießer notwendiger Sozialaufgaben: was er ablehnt, ist, jedem Uebel im Lande mit Bundesgesetzen, mit einer neuen Bürokratie und riesigem Aufwand an Gesetzgebung (und Kreditbewilligung) zu Leibe zu rücken. Den Zweck der Sparmaßnahmen (Bekämpfung der Inflation) hält er für so wichtig, daß er

dafür unpopuläre Entscheidungen in Kauf nimmt.

Es wäre falsch, von Nixon zu erwarten, in drei kurzen Monaten das Blei-

**Heute Beilage:**  
**Hochzeit im Mai**  
 16 Seiten

gewicht des Krieges in Vietnam, die Ursache aller internen Spannungen und der Geldentwertung, beseitigen zu können. Dennoch muß gesagt werden, daß die Passivität des Kabinetts in so vielen lebenswichtigen Fragen böses Blut gemacht hat und daß sich der Präsident mit seiner Budget-Revision keine Freunde erworben hat.

Der gleiche 85. Tag seiner Amtszeit übrigens, an dem er den neuen Vorschlag vorlegte, zwang ihm auch eine Entscheidung über den Zwischenfall des von den Nordkoreanern abgeschossenen Erkundungsflugzeuges auf, und auch diese Entscheidung konnte nicht auf Begeisterung in der Öffentlichkeit rechnen. Den einen war sie zu schwächlich, den anderen zu sübelrasselnd, was auf eine nun beginnende «Phase der schlechten Laune» im Kongress schließen läßt.

In den ersten hundert Tagen der Nixon-Präsidentschaft sind keine Katastrophen eingetreten. Es hat aber auch keinen zündenden Elan zu einem Neubeginn und zur Überwindung des inneramerikanischen «Malaise» gegeben. Dieser letztere Punkt ist es, der auf Nixons erste hundert Tage im Amt einen Schatten geworfen hat.

Hans Steinitz (New York)

## Wer kandidiert noch außer Pompidou?

Unabhängige Republikaner, Zentrum und Sozialisten haben sich noch nicht entschieden

Paris, 30. April. (UPI) In Frankreich schießen Wahlbüros für Pompidou aus dem Boden, nachdem er die volle Unterstützung der Gaullisten gewonnen hat. Der ehemalige Ministerpräsident bemüht sich nun vor allem um die Unabhängigen Republikaner des einstigen Finanzministers Giscard d'Estaing. Pompidou hat erklärt, er wolle nicht nur von den Gaullisten, sondern von weiteren politischen Gruppen unterstützt werden.

Giscard d'Estaing sagte an einer Pressekonferenz, er selbst wolle nicht kandidieren.

Der ehemalige Finanzminister de Gaulles erklärte, wenn Pompidou überzeugend darlege, daß er sich um die Vereinigung von Gaullisten und Liberalen in Frankreich bemühen werde, dann werde er sich hinter diesen Kandidaten stellen. «Wenn nicht, dann wird es einen liberalen Bewerber in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl geben.» An wen in diesem Falle gedacht ist, wurde klar, als der amtierende Staatspräsident Alain Poher im Elysée seinen ersten Besucher in der Person des Fraktionsvorsitzenden der Unabhängigen Republikaner in der Nationalversammlung, Raymond Mondon, empfing.

Jean Lecanuet, der im Jahre 1965 gegen de Gaulle kandidierte, betonte ebenfalls, daß die Gruppen des politischen Zentrums in Frankreich ihre Hoffnungen auf Poher setzten.

Mitarbeiter Pompidous erklärten, dieser wolle sich im Falle eines Wahlsieges um eine Festigung der Beziehungen zwischen Paris und Washington bemühen. Seine erste Auslandsreise würde Pompidou nach Amerika führen. Die Entscheidung der Präsidentschaftskandidaten wird am Sonntag fallen.

## 1.-Mai-Kundgebungen verboten

Paris, 30. April. ag. (DPA) Alle Kundgebungen anlässlich des 1. Mai sind in Frankreich verboten worden. Das Innenministerium erklärte: «Extremistische Gruppen haben ihre Absicht angekündigt, aus dem 1. Mai in Paris einen Tag des «revolutionären Kampfes» zu machen. Der Innenminister hat diese Kundgebungen verboten».

Das Verbot folgte der Ankündigung des linksgerichteten Studentenverbandes Unef, am Donnerstagnachmittag eine Mai-Kundgebung zu veranstalten. Die beiden großen Gewerkschaften CGTI (kommunistisch) und CFDT (christlich) hatten am Vorabend alle öffentlichen Mai-Demonstrationen abgesagt, weil angeblich CGT gaullistische Aktionskommandos bei den Kundgebungen Zwei-

schenfälle zu provozieren beabsichtigten.

## Abkehr Frankreichs von der «Rundumverteidigung»

Paris, 30. April. (UPI) Noch unter dem Regime von de Gaulle hat sich in Frankreich eine Abkehr von der Strategie der atomaren Rundumverteidigung angebahnt, die der damalige Generalstabschef Ailleret auf dem Höhepunkt der Bemühungen um die französische Großmachtstellung formuliert hatte. Der neue französische Generalstabschef, General Michel Fourquet, hat die Ailleret-Doktrin modifiziert, er strebt statt dessen bei Wahrung der militärischen Unabhängigkeit Frankreichs eine engere Zusammenarbeit mit den Nato-Kommandobehörden an. Dies geht aus einem bisher geheimgehaltenen Vortrag Fourquets hervor.

## Frankreichs Frauen wollen eine Staatspräsidentin

Die «demokratische Frauenbewegung» Frankreichs hat am Mittwoch gefordert, eine Frau solle sich um die Nachfolge de Gaulles als Staatsoberhaupt bewerben. Die Organisation betonte, die französische Verfassung schreibe nicht vor, daß «der Präsident ein Mann sein muß». Es sei kein «normaler Zustand», daß die Frauen zwar die gleichen Pflichten und Verantwortungen wie die Männer zu tragen hätten, von der Teilnahme an der Regierungsgewalt aber ausgeschlossen blieben.

## De Gaulle ist wieder ein einfacher Bürger

Colombey-les-deux-Eglises, 30. April. (UPI) De Gaulle führt wieder das Leben eines einfachen französischen Bürgers. Wie aus seiner Umgebung verlautete, hat er kaum 48 Stunden nach seiner Niederlage bei der Volksabstimmung und seinem Rücktritt alle Privilegien verloren, die ihm bisher als Staatsoberhaupt zustanden: Die direkte Telefonleitung zwischen seinem Landsitz «La Boisserie» in Colombey-les-deux-Eglises und dem Elysée-Palast in Paris war nicht mehr in Betrieb, der Militärarzt, der Tag und Nacht in seiner Nähe war, ist nicht mehr da, der Hubschrauber, der immer in Bereitschaft stand, ist zu einem Luftstützpunkt zurückgekehrt, statt sieben Leibwächter ist nur noch einer zu seinem Schutz da. De Gaulle, der seit seinem Rücktritt noch nicht einmal das Haus verlassen hat, empfing am Mittwoch zwei seiner früheren engsten Mitarbeiter zum Mittagessen, seinen Privatsekretär Xavier Daufresne, den Chevalier und den Leiter seines persönlichen Stabes, General Michel Lande.

## Israel hofft auf neue Freundschaft Frankreichs

Erklärung Abba Eban nach dem Rücktritt de Gaulles - General Dayan glaubt nicht an Aufhebung des französischen Waffenembargos

Jerusalem, 30. April. ag. (R) Der israelische Außenminister Abba Eban hofft auf ein Wiederaufleben der Freundschaft zwischen Frankreich und Israel. Diesem Wunsch gab er in der ersten offiziellen Erklärung nach dem Rücktritt General de Gaulles Ausdruck.

Abba Eban erklärte, Israel habe seit der vor 23 Monaten erfolgten Schwenkung der französischen Politik in bezug auf das Nahost-Problem die Hoffnung nie aufgegeben, daß die Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden Länder wieder so hergestellt werden könnten, daß sie die echte Freundschaft zwischen dem französischen und dem israelischen Volk widerspiegeln. Diesem Wunsch äußere er heute mit besonderem Nachdruck.

Israel habe seit jener General de Gaulle als einen der kraftvollsten und mutigsten Kämpfer gegen den Nazismus angesehen. Während neun Jahren seiner

Präsidentschaft hätten sich die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen entsprechend der gegenseitigen Sympathie zwischen dem französischen und israelischen Volk entwickelt. Um so schmerzlicher müsse die Entfremdung auf Regierungsebene empfunden werden, die im Mai 1967 von französischen Staatschef eingeleitet wurde. Der jetzige Zeitpunkt sei gut gewählt, um Frankreich den Wunsch erneut in Erinnerung zu rufen, es möchte wieder wie ehemals Verständnis für die Bedürfnisse Israels bekunden. Damit würde es zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten beitragen.

Beobachter in Tel Aviv legen den letzten Teil der Erklärungen Eban's dahin aus, Frankreich möge das seinerzeit gegen Israel verfügte Waffenembargo aufheben, das nach Ansicht weitaus meisten Kreise auf einen persönlichen Entschluß de Gaulles zurückzuführen sei.

(AFP) Der israelische Verteidigungsminister, General Dayan, erklärte, er glaube nicht, daß Frankreich demnächst das Waffenembargo gegen Israel aufheben werde, doch hoffe er von ganzem Herzen, daß die französisch-israelischen Beziehungen nach dem Rücktritt de Gaulles sich wieder verbesserten.

Es sei leichter, ein Waffenembargo zu verhängen, als ein solches aufzuheben. Es sei leider kaum anzunehmen, daß Frankreich die Israel geschuldeten 50 «Mirage»-Düsenjäger bald liefern werde.

Zur Situation am Suezkanal erklärte Dayan, Aegypten stelle wohl den Waffenstillstand am Suezkanal in Frage, nicht jedoch die dortige Waffenstillstandslinie, die es nicht zu überschreiten wage. Trotzdem müsse man mit einer Verschlechterung der Lage rechnen, weshalb Israel beweisen müsse, daß es